

Bericht aus der öffentlichen Gemeinderatssitzung vom 21.07.2025

1: Fragemöglichkeit für Zuhörer

Es werden keine Fragen gestellt.

2: Bestätigung der Niederschrift

Die Niederschrift der öffentlichen Gemeinderatsitzung vom 23.06.2025 wird ohne Einwendungen von mindestens zwei Gemeinderatsmitgliedern unterschriftlich bestätigt.

3: Bekanntgabe von Beschlüssen aus nichtöffentlicher Sitzung

Bürgermeister Brügger gibt bekannt, dass einer vorgeschlagenen Änderung eines Erbpachtvertrags zugestimmt wurde und diese Änderungen in die zukünftigen Verträge mitaufgenommen werden.

4: Erstellung eines Aktionsplans für Mobilität, Klima- und Lärmschutz

Herr Bürgermeister Brügger begrüßt zu diesem Tagesordnungspunkt Vincent Feist sowie Lara Hölting, Stellvertretende Leiterin Klimafreundliche Mobilität.

Vörstetten möchte die Lebensqualität für alle erhöhen, ein attraktiver Wohn- und Wirtschaftsstandort bleiben, soziale Teilhabe und Gleichberechtigung fördern sowie ein zukunftsfähiges Verkehrssystem schaffen. Dazu sollen gezielt Maßnahmen umgesetzt werden, um die nachhaltige Mobilität zu stärken, Treibhausgase zu reduzieren, Lärm zu mindern und lokale Herausforderungen im Verkehr zu lösen. Der Aktionsplan für Mobilität, Klima- und Lärmschutz bietet hierfür einen kompakten und zielgerichteten Rahmen im Sinne einer integrierten Verkehrsplanung.

Zu den konkreten Themen, die Vörstetten bewegen, gehören unter anderem die Optimierung von Querungshilfen und Parkmöglichkeiten, eine sichere Schulwegeplanung, die allgemeine Verbesserung der Verkehrssituation sowie der Ausbau des Radwegenetzes mit sicheren Radwegekreuzungen – und vieles mehr.

Innerhalb von 9 bis 12 Monaten wird der Aktionsplan in fünf Phasen (Vorbereitung, Analyse, strategische Zielsetzung, Maßnahmenplanung und Umsetzung/Evaluation) erarbeitet und ein konkretes Maßnahmenprogramm für Vörstetten entwickelt. Dabei baut er auf bestehende Strategien, Konzepte und Planwerke der Gemeinde auf und fokussiert sich auf besonders schnell umsetzbare, klimaeffektive und lärmreduzierende Maßnahmen.

Folgende Bereiche können dabei u.a. gezielt betrachtet werden: Verkehrssicherheit, Verbesserungen im Radverkehr, Fußverkehr, Anbindung an den ÖPNV, geteilte Mobilität (Carsharing und Bikeshaaring), öffentliche Ladeinfrastruktur, Sensibilisierung und Motivation der Bürgerschaft.

Akteure aus Politik, Verwaltung, Bürgerschaft, Vereinen und Verbänden, Wirtschaft und Träger öffentlicher Belange werden in den Prozess eingebunden. Mögliche Formate dafür sind Workshops, Umfragen, Begehungen gemeinsam mit lokalen Akteuren, eine projektbegleitende Webseite, Informationsveranstaltungen etc.

Die Erstellung des Aktionsplans durch ein externes Fachbüro wird mit 75% durch das Ministerium für Verkehr Baden-Württemberg gefördert.

Herr Bürgermeister Brügger berichtet, dass in der Vergangenheit bereits mehrere kleine Projekte, wie Zebrastreifen umgesetzt wurden. Auch sind weitere Maßnahmen geplant.

Ein Gemeinderat fügt hinzu, dass der Aktionsplan Teil des Leitbilds „Klimafreundliches Vörstetten“ ist. Er erkundigt sich, ob die Förderung dieses Jahr gestellt werden muss. Ebenso möchte er wissen, wie viel Geld die Gemeinde, trotz Förderung zahlen muss.

Frau Hölting antwortet, dass der Antrag bis Ende des Jahres gestellt werden muss.

Herr Bürgermeister Brügner ergänzt, dass das Ziel die Antragsstellung und Bewilligung ist. Die Gelder können im Haushalt 2026 bereitgestellt werden, müssen jedoch nicht ausgegeben werden, wenn die Kosten zu hoch sind.

Eine Gemeinderätin erkundigt sich ebenfalls nach den konkreten Zahlen. Für sie stellt sich die Frage, ob bei einer späteren Entscheidung je nach Haushaltslage bereits Kosten im Vorfeld entstehen. Darüber hinaus fragt sie, wieso ein externes Fachbüro beauftragt werden muss.

Herr Feist antwortet, dass die Vergabe aufgrund fehlender personeller Kapazitäten nötig ist. Eine Umsetzung wäre anders nicht möglich.

Ein Gemeinderat kritisiert, dass keine konkreten Kosten vorliegen. Für ihn ist die Notwendigkeit eines Aktionsplans aufgrund der bereits umgesetzten Projekte in den letzten Jahren nicht ersichtlich.

Herr Bürgermeister Brügner erwidert, dass durch die Antragstellung keine Mittel ausgegeben werden. In der Haushaltsplanberatung kann dann über die Planungen und die tatsächlichen Ausgaben entschieden werden.

Mehrere Gemeinderäte appellieren für die Antragsstellung. Ein Gemeinderat möchte wissen, ob eine eventuelle Förderzusage zeitlich befristet ist.

Frau Hölting teilt mit, dass die Projekte innerhalb eines Jahres nach Erhalt der Zusage beginnen müssen.

Herr Bürgermeister Brügner lässt über den Beschluss, ohne Satz 2 und Satz 4 abstimmen. Die Mittel werden erst bereitgestellt, wenn nochmal über die Finanzierung gesprochen wurde.

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt, die Rathausverwaltung wird mit der Erstellung eines Aktionsplans für Mobilität, Klima- und Lärmschutz gemäß untenstehender Erläuterungen beauftragt. Davon können Landes-Fördermittel in Höhe von einem 75%-Zuschuss beantragt werden.

5: Änderung der Kindergartenordnung

Herr Bürgermeister Brügner begrüßt Nina Hodel, die im Rahmen ihres Vertiefungspraktikums der Hochschule Kehl diesen Tagesordnungspunkt vorbereitet hat und vorträgt.

Die aktuelle Benutzungsordnung für die Kindertageseinrichtungen der Gemeinde Vörstetten stammt aus dem Jahr 2019 und bedarf einer Überarbeitung in mehreren Punkten. In Zusammenarbeit mit den Leitungen der Einrichtungen sowie der Verwaltung wurden Änderungen erarbeitet, die insbesondere folgende Aspekte betreffen:

- Eine einheitliche Benutzungsordnung für alle Kindertageseinrichtungen (bisher existierten zwei Kindergartenordnungen – eine für den Wald- und Naturkindergarten und eine für die drei weiteren Einrichtungen)
- Relevante Dokumente zur Anmeldung – wie Anmeldebogen, Bescheinigung über ärztliche Untersuchungen/Impfungen, etc. – werden als verbindliche Anlagen der Benutzungsordnung beigelegt
- Grundlegende Bestimmungen zur Kündigung und Regelung in Krankheitsfällen

Ein Gemeinderat erkundigt sich, in wie weit der Anmeldeprozess digitalisiert werden kann. Herr Römer erläutert, dass die zentrale Vormerkung bereits ausschließlich online erfolgt. Die Anmeldung ist derzeit weiterhin nur in Papierform möglich. Ziel war erstmal die Benutzungsordnung sowie die Anmeldeformulare zu vereinheitlichen.

Herr Bürgermeister Brügner ergänzt, dass für die Kindergartenleitungen häufig die Papierhandhabung einfacher ist.

Beschluss:

Der Gemeinderat der Gemeinde Vörssteden beschließt die vorliegende, überarbeitete Benutzungsordnung für die Kindertageseinrichtungen der Gemeinde Vörssteden in der Fassung vom 10.07.2025.

Die neue Benutzungsordnung tritt zum 01.09.2025 in Kraft. Gleichzeitig tritt die bisherige Kindergartenordnung außer Kraft.

6: Erhöhung der Kindergartenentgelte

Herr Bürgermeister Brügner führt in das Thema ein.

Die Finanzierung der Angebote in der frühkindlichen Bildung sieht eine Kostenverteilung auf verschiedene Kostenträger vor; sie setzt sich zusammen aus Mitteln des Bundes, des Landes, der Kommunen sowie aus Elternbeiträgen. Die Kostensteigerungen werden in den kommenden Jahren wieder entsprechend anteilig auf die Kostenträger verteilt. Hierdurch erfolgt auch eine erforderliche Anpassung der landeseinheitlichen Empfehlungen der Elternbeiträge, welche neben den unterschiedlichen Anforderungen an die Finanzierung auch die Belastung der privaten Haushalte im Blick behält. Die gemeinsamen Empfehlungen für das Jahr 2025/2026 sehen eine Erhöhung der Elternbeiträge um 7,3% zum 01.09.2025 vor. Das angestrebte Ziel ist hierbei, dass 20% der Kosten durch Elternbeiträge refinanziert werden.

Die Verwaltung hält es für geboten, eine Erhöhung vorzunehmen. Außerdem empfiehlt die Verwaltung, die Erhöhung erst zum 01.01.2026 durchzuführen. Dies erspart deutliche einmalige Kosten für die unterjährige Tarifumstellung beim kommunalen Rechenzentrum, weshalb eine spätere Erhöhung gut zu vertreten ist.

Aufgrund der finanziellen Situation wäre eine Erhöhung um den empfohlenen Prozentsatz geboten; angesichts der aktuellen finanziellen Belastungen für Familien ist eine Erhöhung von nur 5% gerade noch tragbar.

Die Mehrheit der SPD-Fraktion spricht sich für den Vorschlag der Verwaltung aus. Es wird betont, dass niemand gerne Gebühren erhöht. Eine Gemeinde wie Vörssteden mit vier eigenen Kindergärten leistet extrem viel. Ebenso gibt es zu bedenken, dass die Tarifverträge nach den

jüngsten Verhandlungen um 5,8 % gestiegen sind. Die Erhöhung ist notwendig um weiterhin das hohe Niveau halten zu können.

Die Fraktion der Freien Wähler schließen sich der SPD-Fraktion an. Es wird betont, dass Baden-Württemberg keines der Bundesländer ist, in denen die Kindergartenkosten vom Land getragen werden. Aufgabe des Gemeinderates ist es alle Ausgaben der Gemeinde im Auge zu behalten.

Eine Gemeinderätin wirbt bei den Elternbeirätinnen und -räten für mehr Engagement auf Landesebene um die Kosten von Landesseite auffangen zu können.

Ein Gemeinderat moniert, dass der landeseinheitliche Richtsatz kein Pflichtsatz ist. Die Qualität bei Betreuung und Personal muss gewährleistet sein. Hierzu muss priorisiert werden, um den gesamten Haushalt im Auge zu behalten. Statt einer sozialen Staffelung und Entlastung der Familien wird seiner Meinung nach eine Entlastung bei der Grund- und Vergnügungssteuer angestrebt.

Herr Bürgermeister Brügger widerspricht dem deutlich. In Vörstetten gibt es bereits eine soziale Staffelung für Familien mit mehreren Kindern. Darüber hinaus ist die Kommune verpflichtet, wirtschaftlich zu handeln. Dabei hat die Gemeinde einen bunten Blumenstrauß an Pflicht- und Freiwilligenaufgaben, die erfüllt werden müssen.

Ein Gemeinderat ergänzt, dass Landeszuschüsse entfallen, wenn die Gemeinde keine Gebühren erhebt. Die jährliche Gebührenanpassung trägt zur Gleichbehandlung aller Familien bei, da so auch sprungartige Steigerungen vermieden werden.

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt, die Entgelte im Kindergarten um 5% zum 01.01.2026 zu erhöhen.

7: BM Wahl 2025 - Festlegung der Besoldungsgruppe des gewählten Bürgermeisters

Herr Bürgermeister Brügger erklärt den Sachverhalt.

Nach § 1 Abs. 1 Landeskommunalbesoldungsgesetz (LKomBesG) werden die Ämter der hauptamtlichen Bürgermeister nach Maßgabe des § 2 LKomBesG den Besoldungsgruppen der Landesbesoldungsordnungen A und B zugeordnet.

Nach § 2 LKomBesG stehen je nach Einwohnerzahl zwei Besoldungsgruppen zur Verfügung. Die Maßgebende Einwohnerzahl richtet sich gem. § 3 LKomBesG nach der Bevölkerungsfortschreibung zum 30. Juni des Vorjahres. Die Gemeinde Vörstetten hatte zum Stichtag 30.06.2024 insgesamt 3.202 Einwohner (Statistisches Landesamt BW). Aufgrund der Einwohnerzahl der Gemeinde Vörstetten kommt damit grundsätzlich eine Besoldung nach A 15/A 16 in Betracht.

Die Beamten sind nach sachgerechter Bewertung, insbesondere unter Berücksichtigung der Einwohnerzahl, sowie des Umfangs und des Schwierigkeitsgrads des Amtes in eine der in

Betracht kommende Besoldungsgruppe einzuweisen. Die Besoldungsgruppe wird durch Beschluss des Gemeinderats festgesetzt.

Die Festsetzung ist nicht auf die Person eines bestimmten Amtsinhabers bezogen und wirkt deshalb so lange, bis sich entweder die Verhältnisse zum letzten Bewertungszeitpunkt wesentlich geändert haben oder die Gemeinde in eine höhere Größengruppe kommt.

Bei der Schwierigkeit des Amtes ist zu berücksichtigen, dass Vörsstetten besondere Aufgaben im Bereich Infrastruktur übernimmt und bietet überdurchschnittliche kommunale Dienstleistungen an. In den kommenden Jahren stehen der Gemeinde wichtige und zugleich anspruchsvolle politische Entscheidungen bevor – beispielsweise in Bezug auf die Finanzsituation, den Klimaschutz, die kommunale Wärmeplanung, die Entwicklung neuer Baugebiete sowie die Umsetzung des Rechtsanspruchs auf Ganztagsbetreuung.

Die persönlichen Verhältnisse oder Qualifikationen des künftigen Bürgermeisters spielen bei der Entscheidung über die Besoldungsgruppe keine Rolle. Daher wird seitens des Landratsamtes empfohlen, die Festsetzung vor der Wahlentscheidung zu beschließen.

Bisherige Einordnung der Stelle:

In einer Sitzung vom 23.01.2017 hat der Gemeinderat der Gemeinde Vörsstetten beschlossen, die Bürgermeisterstelle künftig in die Besoldungsgruppe A 16 einzuordnen.

Hintergrund dieser Entscheidung war die ursprüngliche Bewertung der Stelle, da die Amtsvorgänger bereits mit Amtsantritt nicht in die niedrigste Besoldungsstufe eingruppiert wurden. Dies wurde mit der Einwohnerzahl als auch der besonderen örtlichen Gegebenheiten begründet.

Die ursprüngliche Eingruppierung der Stelle des hauptamtlichen Bürgermeisters bei der Wahl im Jahr 2009 erfolgte in A 15. Bei dieser Bewertung wurde ausschließlich die Einwohnerzahl als Grundlage genommen.

Mit dem Gemeinderatsbeschluss aus dem Jahr 2017 wurde diese Herabstufung revidiert. Der Gemeinderat stellte klar, dass neben der Einwohnerzahl auch weitere strukturelle und kommunalpolitisch relevante Kriterien in die Bewertung einzubeziehen sind. Die Bürgermeisterstelle ist seither wieder nach Besoldungsgruppe A 16 zu bewerten.

Ein Gemeinderat erkundigt sich, ob aufgrund des Beschlusses in 2017 überhaupt eine Wahlmöglichkeit besteht. Herr Bürgermeister Brügner erklärt, dass dies nur möglich ist, wenn Argumente vorliegen, die zeigen, dass sich die Verhältnisse wesentlich geändert haben.

Zwei Gemeinderäte sprechen sich für eine Besoldung nach A 15 aus.

Herr Bürgermeister Brügner stellt klar, dass die Eingruppierung von den örtlichen Verhältnissen abhängig ist. Diese haben sich seiner Auffassung nach nicht vereinfacht.

Ein Gemeinderat spricht sich für eine Besoldung nach A 16 aus. Die Aufgaben sind größer, umfangreicher und anspruchsvoller geworden.

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt, den neu gewählten Bürgermeister (m/w/d) ab Dienstantritt in die Besoldungsgruppe A 16 einzuweisen.

8: Vergabekriterien für den Geschosswohnungsbau

Herr Bürgermeister Brügner begrüßt Thomas Thiele von Thiele³ und führt in das Thema ein.

Für die Vergabe der Geschosswohnungsgrundstücke werden andere Kriterien benötigt als bei der Vergabe von DHH- und EFH-Grundstücken. Um diese rechtskonform und sinnvoll zu gestalten, hat die Verwaltung das Büro Thiele beauftragt, der solche Verfahren bereits in mehreren Gemeinden (z.B. Riegel und Denzlingen) begleitet. Am 26.04.2025 hat der Gemeinderat eine Arbeitsgruppe zur Entwicklung der Vergabekriterien und des Vergabeverfahrens eingesetzt. Diese hat die beigefügten Kriterien in mehreren Sitzungen erarbeitet.

Herr Thiele stellt die relevanten Kriterien und deren Gewichtung, und den Zeitplan sowie das Verfahren und die nötigen Zwischenschritte vor.

Ein Gemeinderat möchte wissen, ob die Bauträger bis zur Fertigstellung an die Vergabekriterien gebunden sind. Herr Thiele antwortet, dass das eingereichte Konzept Vertragsbestandteil wird und damit verpflichtend ist.

Ein Gemeinderat lehnt eine Erbpachtvergabe besonders in Bereichen in denen sozialer Wohnungsbau entstehen soll ab. Für ihn sind manche Punkte, wie baurechtliche Vorgaben nicht schlüssig. Herr Thiele erklärt, dass die baurechtlichen Vorgaben in die Bewertung miteinfließen, um Phantasieprojekte ausschließen zu können.

Eine Gemeinderätin fragt nach, ob die Grundstücke in den Baufeldern A, B und C Einzel oder Gesamt vergeben werden. Herr Thiele antwortet, dass diese pro Baufeld vergeben werden. Außerdem möchte sie wissen, ob die Bauplätze für Doppelhaushälften nach den üblichen Kriterien vergeben werden, was Bürgermeister Brügner bejahen kann. Ebenfalls erkundigt sie sich nach den Tiny Häusern. Herr Bürgermeister Brügner erklärt, dass die zwingende Bebauung mit Tiny Häusern in Baufeld C entfällt, sodass auch Geschosswohnungsbau entstehen kann. Unabhängig davon bleiben die drei kommunalen Baufelder für Tiny Häuser bestehen.

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt die Konzeptvergabe „Baugrundstücke Baugebiet Krummacker“ sowie das darin beschriebene weitere Vorgehen.

9: Verschiedenes, Fragen und Anregungen

Herr Bürgermeister Brügner gibt bekannt, dass sich über das Wochenende zwei Kandidaten für das Amt des Bürgermeisters beworben haben.

Ein Gemeinderat erkundigt sich nach dem Stand der Raiffeisenbank. Herr Bürgermeister Brügner teilt mit, dass diese bei Gesprächsbedarf geöffnet ist. Eine Gemeinderätin teilt mit, dass das Symbol des Geldautomaten immer noch vorhanden ist und entfernt werden sollte.

Ein Gemeinderat teilt sein Bedauern über den ablehnenden Beschluss des Kreistages zur Einführung der Gelben Tonne mit.

Eine Gemeinderätin fragt, ob sich etwas an der Flüssigkeitsentsorgung des Imbisswagens geändert hat. Herr Bürgermeister Brügner antwortet, dass sich dies geklärt hat.

10: Fragemöglichkeit für Zuhörer

Ein Zuhörer möchte wissen, ob bei dem neuen Baugebiet an die umliegende Landwirtschaft gedacht wurde, was bejaht werden kann.

Der Vorsitzende schließt um 21:29 Uhr die Sitzung.